

Satzung Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümergeverein e. V.

Neubrandenburg, den 22.04.2024

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

(1)

Der Verein führt den Namen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümergeverein e.V. -eingetragen im Vereinsregister-, im Folgenden kurz Verein genannt und ist die Vertretung der privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer in der Gemeinde Neubrandenburg und Umgebung.

(2)

Sitz des Vereins ist Neubrandenburg.

(3)

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Aufgaben

(1)

Der Verein bezweckt unter Ausschluss von Erwerbszwecken die Wahrung der gemeinschaftlichen Interessen der privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer im Bund, Land und Gemeinde, insbesondere die Förderung der privaten Wohnungswirtschaft. Er hat auch die Aufgabe, seine Mitglieder über die das Haus-, Wohnungs- und Grundeigentum betreffenden Vorgänge in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung zu unterrichten und sie bei der Wahrung ihrer Belange zu unterstützen.

(2)

Dem Verein obliegt es insbesondere, den Zusammenschluss der privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer in seinem Bereich zu bewirken und Einrichtungen zu unterhalten, die der Beratung und Information der Mitglieder sowie ihrer Interessenvertretung dienen.

(3)

Zum Zwecke der Erfüllung der vorgenannten Aufgaben ist der Verein Mitglied des Landesverbandes Haus & Grund Mecklenburg-Vorpommern e.V., der Mitglied des Zentralverbandes Haus & Grund Deutschland e. V. ist.

§ 3 Mitgliedschaft

(1)

Ordentliche Mitglieder des Vereins können natürliche und juristische Personen werden, die über Haus-, Wohnungs- und Grundeigentum oder über ein ähnliches Recht, z.B. Erbbaurecht, verfügen oder eines der vorgenannten Rechte erstreben. Für Verwalter von Haus-, Wohnungs- und Grundeigentum gilt Satz 1 entsprechend. Bei Gemeinschaften von Eigentümern und sonstigen dinglichen Berechtigten können alle Beteiligten die Mitgliedschaft erwerben.

(2)

Die Aufnahme von Mitgliedern erfolgt aufgrund eines schriftlichen oder eines in elektronischer Form übermittelten Aufnahmeantrages, über den der Vereinsvorstand entscheidet.

(3)

Mitglieder, die sich in hervorragender Weise um das private Haus-, Wohnungs- und Grundeigentum verdient gemacht haben, können auf Vorschlag des Vereinsvorstandes von der Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Ehrenmitglieder können von der Zahlung des Mitgliedsbeitrages befreit werden.

(4)

Die Mitgliedschaft endet:

- a) durch Austritt. Der Austritt ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres zulässig. Er ist spätestens zwei Monate vor Jahresschluss schriftlich **gegenüber dem Vorstand** anzuzeigen;
- b) durch Tod;
- c) durch Verlust der Rechtsfähigkeit bei juristischen Personen;
- d) durch Ausschluss. Der Ausschluss erfolgt auf Beschluss des Vereinsvorstandes
 - aa) bei Schädigung des Ansehens oder der Belange des Vereins oder des privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentums;
 - bb) bei Nichterfüllung der dem Mitglied nach der Satzung obliegenden Pflichten;
 - cc) bei Vorliegen sonstiger wichtiger Gründe.

Ausschluss und Gründe sind dem Mitglied mitzuteilen. Gegen den Ausschluss kann innerhalb von vier Wochen Beschwerde, die schriftlich zu begründen ist, erhoben werden. Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung. Über die Beschwerde entscheidet der Vorstandsvorsitzende. Er soll vor seinem Beschluss den Auszuschließenden und einen Vertreter des Vereinsvorstandes hören.

§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1)

Die Mitglieder haben das Recht, an den Versammlungen des Vereins teilzunehmen und die Rechte auszuüben, die ihnen in der Mitgliederversammlung, bei der Wahl der Vereinsorgane und bei der Verwaltung des Vereinsvermögens zustehen.

(2)

Die Mitglieder können die Einrichtungen des Vereins und dessen Rat und Unterstützung in Anspruch nehmen. Für die Vertretung vor Behörden und Gerichten sowie für die Ausfertigung von Schriftsätzen hat das Mitglied die dem Verein oder dessen Einrichtungen aus dieser Tätigkeit entstandenen Unkosten und Auslagen nach vom Vorstand festzulegenden Regeln zu erstatten.

§ 5 Beiträge

(1)

Zur Durchführung seiner Aufgaben erhebt der Verein von den Mitgliedern Beiträge, deren Höhe die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes beschließt. Im Beitrag ist die Bezugsgebühr für das Magazin der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer nicht enthalten. Neu eintretende Mitglieder des Vereins zahlen eine einmalige Beitrittsgebühr in angemessener Höhe, wenn dies durch den Vorstand festgelegt wird.

(2)

Die laufenden Beträge sind jährlich im Voraus zu zahlen, wobei die jährliche Vorauszahlung auch aufgrund Vorstandsbeschluss in zwei Teilbeträgen, zu zahlen am Anfang und zur Mitte eines Kalenderjahres, erfolgen kann.

(3)
Bei unterjähriger Beendigung der Mitgliedschaft werden Beiträge nicht erstattet.

§ 6 Organe

Die Organe des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung
2. der Vereinsvorstand.

§ 7 Vereinsvorstand

(1)
Der Vereinsvorstand besteht aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, dem Schatzmeister und bis zu fünf weiteren Beisitzern. Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Mitgliederversammlung gewählt. Sie sind vorbehaltlich eines Beschlusses nach Satz 5 ehrenamtlich tätig. Auslagen werden aber erstattet, soweit diese nicht den Rahmen des Üblichen übersteigen. Durch Beschluss der Mitgliederversammlung kann den Mitgliedern des Vorstandes eine angemessene Vergütung gewährt werden.

(2)
Die Amtszeit der Vorstandsmitglieder beträgt vier Jahre. Sie endet jedoch erst mit der Neu- oder Wiederwahl.

(3)
Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds während der Amtszeit kann der Vereinsvorstand bis zur nächsten Mitgliederversammlung eine Ersatzwahl vornehmen. Scheidet zwischen zwei ordentlichen Mitgliederversammlungen die Hälfte der Vorstandsmitglieder aus, so ist in der innerhalb eines Monats einzuberufenden außerordentlichen Mitgliederversammlung eine Ersatzwahl vorzunehmen.

(4)
Dem Vereinsvorstand obliegt die Leitung des Vereins und die Verwaltung des Vereinsvermögens gemäß den Beschlüssen der Mitgliederversammlung. Insbesondere hat er alle Maßnahmen zu treffen, die zur Erfüllung der Aufgaben des Vereins erforderlich sind.

(5)
Der Vereinsvorstand tritt nach Bedarf zusammen. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Seine Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
Der Vereinsvorstand wird vom Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung von seinem Stellvertreter, unter Angabe der Tagesordnungspunkte einberufen. Er ist einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Vorstandsmitglieder dieses verlangt.

(6)
Der gesetzliche Vorstand im Sinne von § 26 BGB wird durch den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter gebildet. Jeder von ihnen ist nach außen zur Einzelvertretung befugt.

(7)
Im Innenverhältnis ist der Stellvertreter nur zur Vertretung befugt, wenn die Verhinderung vom Vorsitzenden angezeigt wurde oder der Vorsitzende objektiv verhindert und auch an der Anzeige gehindert ist.

§ 8 Mitgliederversammlung

(1)

Die Mitgliederversammlung ist mindestens einmal im Jahr einzuberufen. Ort, Tag und Zeit setzt der Vorstand fest. Sie dient der Unterrichtung, Aussprache und Beschlussfassung über die Tätigkeit des Vereins zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben. Ihr obliegen insbesondere

- a) die Wahl des Vereinsvorstandes,
- b) die Entgegennahme des Jahres-, Kassen- und Revisionsberichts,
- c) die Erteilung der Entlastung für den Vereinsvorstand,
- d) die Genehmigung des Haushaltsplans,
- e) die Wahl der Rechnungsprüfer,
- f) die Festsetzung der Höhe der Mitgliedsbeiträge,
- g) die Ernennung von Ehrenmitgliedern und eines Ehrenvorsitzenden,
- h) die Änderung der Satzung,
- i) die Auflösung des Vereins.

(2)

Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind einzuberufen, wenn

- a. das Interesse des Vereins es erfordert,
- b. ein Zehntel der Mitglieder dieses schriftlich unter Angabe der Gründe im Vorstand verlangt oder
- c. der Landesverband Haus & Grund Mecklenburg-Vorpommern, dessen Mitglied der Verein ist, die Einberufung einer Mitgliederversammlung unter Angabe von Gründen fordert.

(3)

Die Mitgliederversammlung soll schriftlich **mit einer Frist von 14 Tagen** unter Angabe der Tagesordnung durch ein nach § 7 Abs. 6 vertretungsberechtigtes Vorstandsmitglied einberufen werden. Der Vorsitzende leitet die Versammlung. Im Falle seiner Verhinderung wird die Versammlung durch seinen Stellvertreter oder ein Vorstandsmitglied geleitet; ist kein Vorstandsmitglied anwesend, wählt die Mitgliederversammlung einen Versammlungsleiter. Die Einberufung der Mitgliederversammlung kann auch mittels elektronischer Medien erfolgen, wenn im Rahmen der Mitgliedschaft für jedes Vereinsmitglied sichergestellt ist, dass ihm die Mitteilung über die Einberufung einer Mitgliederversammlung übermittelt werden kann und er sich mit der Übermittlung der Einberufungsnachricht in elektronischer Form einverstanden erklärt hat.

(4)

Die Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit das Gesetz oder diese Satzung nicht eine andere Mehrheit bestimmt. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden oder vertretenen Mitglieder beschlussfähig. Jedes ordentliche Mitglied hat eine Stimme.

Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Jedes Mitglied kann sich auf der Mitgliederversammlung durch den Ehegatten, ein anderes Mitglied des Vereins oder einen Vertreter rechtsberatender oder steuerberatender Berufe aufgrund schriftlich erteilter Vollmacht, die in der Mitgliederversammlung im Original vorzulegen ist, vertreten lassen. Eine Vertretung ist auch dann wirksam erfolgt, wenn eine in der Mitgliederversammlung in Kopie oder durch Fernkommunikation übermittelte Vollmacht vorgelegt wird und das Original der Vollmacht binnen zwei Wochen nach Durchführung der Mitgliederversammlung nachgereicht wird.

(5)

Wahlen erfolgen durch offene Abstimmung, auf Antrag eines Viertels der anwesenden Mitglieder durch Stimmzettel.

Die Durchführung einer Blockwahl -durch offene Abstimmung oder Stimmzettel- kann erfolgen, wenn dies in der Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen wird. Über den Vorsitzenden und den Stellvertreter kann nicht im Block abgestimmt werden. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält und mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Erhält niemand diese Mehrheit, so findet eine Stichwahl zwischen den beiden mit den höchsten Stimmzahlen bedachten Bewerbern statt; gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Ergibt die Stichwahl Stimmgleichheit, so entscheidet das Los. Bei einer beschlossenen Blockwahl kann nur für alle oder gegen alle im Block benannten Kandidaten gestimmt werden; anderenfalls ist die abgegebene Stimme ungültig.

(6)

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Versammlungsleiter und vom Protokollführer zu unterschreiben ist.

§ 9 Satzungsänderung

(1)

Änderungen dieser Satzung bedürfen einer Dreiviertel-Mehrheit der in der Mitgliederversammlung abgegebenen Stimmen. Ein Beschluss über die Satzungsänderung ist nur möglich, wenn in der Einladung zur Mitgliederversammlung die Änderungsanträge bekannt gegeben wurden.

(2)

Der Vorstand ist ermächtigt, Änderungen, die nur die Fassung der Satzung betreffen, zu beschließen.

§ 10 Auflösung des Vereins

(1)

Der Verein kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst werden. Der Auflösungsantrag kann der Mitgliederversammlung vom Vereinsvorstand unterbreitet werden. Der Antrag kann auch von mindestens der Hälfte der Mitglieder gestellt werden.

(2)

Vor der Beschlussfassung ist den in § 2 Abs. 3 Bezeichneten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben; die Stellungnahme ist der beschließenden Versammlung vorzulegen.

(3)

Die Auflösung findet nur statt, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist und drei Viertel der Anwesenden ihre Zustimmung erteilen. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so muss innerhalb von acht Wochen eine neue Mitgliederversammlung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen mit Dreiviertel-Mehrheit die Auflösung beschließen kann.

(4)

Im Falle der Auflösung findet eine Liquidation statt, die der zuletzt amtierende Vereinsvorsitzende als Liquidator durchzuführen hat. Über die Verteilung des nach Bestreitung der Verpflichtungen des Vereins vorhandenen Vermögens beschließt die Mitgliederversammlung.

§ 11 Gerichtsstand

Zuständig für alle Rechtsstreitigkeiten zwischen dem Verein und den Mitgliedern ist das zuständige Amtsgericht, bei dem der Verein seinen Sitz hat.

§ 12 Datenschutzregelung

(1)

Mit dem Vereinsbeitritt nimmt der Verein die für die Erfüllung der Vereinsaufgaben und die Durchführung der Mitgliedschaft notwendigen persönlichen Daten im gesetzlich zulässigen Umfang auf.

(2)

Diese persönlichen Informationen werden von dem Verein verarbeitet (Speicherung, Veränderung, Übermittlung, Löschung). Jedem Mitglied soll dabei eine Mitgliedsnummer zugeordnet werden. Eine anderweitige, über die Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben und Zwecke hinausgehende Datenverwendung ist dem Verein nur erlaubt, sofern er aus gesetzlichen Gründen hierzu verpflichtet ist.

(3)

Der Verein trägt dafür Sorge, dass die personenbezogenen Daten des Mitglieds durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor unbefugter Kenntnisnahme Dritter geschützt werden.

(4)

Jedes Mitglied hat im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften das Recht auf Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten, deren Empfänger, den Zweck und die Dauer der Speicherung sowie auf Berichtigung, Löschung und Sperrung seiner Daten.

(5)

Die personenbezogenen Daten werden, soweit sie nicht zur Durchführung der Mitgliedschaft oder zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten des Vereins benötigt werden, gelöscht.

Die Satzung wurde beschlossen auf der Mitgliederversammlung vom 22.04.2024.